

katho

Katholische Hochschule **Nordrhein-Westfalen**
Catholic University of Applied Sciences

Markus Baum

Julia Maria Breidung

Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.)

Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft

Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte
zum Thema machen

Schriften der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Band 35



Verlag Barbara Budrich



Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft

katho

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
Catholic University of Applied Sciences

Schriften der Katholischen Hochschule
Nordrhein-Westfalen

Band 35

Markus Baum

Julia Maria Breidung

Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.)

Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft

Rassismus, Rechtspopulismus
und extreme Rechte zum Thema machen

Verlag Barbara Budrich

Opladen • Berlin • Toronto 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Folgender Beitrag steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742498.03>):

Floris Biskamp: Rechtsruck, welcher Rechtsruck?

Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.



Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2021 Verlag Barbara Budrich GmbH, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich.de

ISBN 978-3-8474-2498-7 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1642-5 (eBook)
DOI 10.3224/84742498

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme des oben benannten Kapitels ist jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – <http://disegno-kommunikation.de>

Titelbildnachweis: Martin Kippenberger, „Ich kann beim besten Willen kein Hakenkreuz entdecken“, 1984 © Estate Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain, Cologne

Typographisches Lektorat: Angelika Schulz, Zülpich
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

<i>Markus Baum, Julia Maria Breidung, Martin Spetsmann-Kunkel</i> Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft	7
<i>Philip Manow</i> Die (Ent-)Demokratisierung der Demokratie – zwei Prozesse	19
<i>Floris Biskamp</i> Rechtsruck, welcher Rechtsruck?	33
<i>Richard Gebhardt</i> „Einzeltäter“? Zur Diskussion über einen zentralen Aspekt des aktuellen Rechtsextremismus	49
<i>Philipp Markgraf, Johanna Zeevaert</i> Die antisemitische Basisideologie der Neuen Rechten und des politischen Islam	61
<i>Leonie Johanna Illmer</i> Ethnopluralist_innen – das sind die Anderen. Linker Ethnopluralismus in den Debatten um kulturelle Aneignung	97
<i>Martin Seeliger</i> Pop als Kulturkampf? Gangstarap und Identitätsrock als Ausdruck sozialer Konflikte im Neoliberalismus	111
<i>Markus Baum</i> Urbane Architektur und Politik. Zum Verhältnis von Baustilen, Strategien der Rechten und Kapitalismus	127
<i>Laura Maren Michel</i> Digital, interaktiv und rechtsextrem. Jugendliche als Zielgruppe rechter Online-Rekrutierung	163

<i>Tim Ernst</i>	
Gleichgeschaltet in die Praxis: die Soziale Frauenschule Aachen und der Nationalsozialismus	189
<i>Susanne Bücken</i>	
Antimuslimischen Rassismus und extrem rechtes Denken in der Hochschule beim Namen nennen – Eine rassismuskritische Intervention	223
<i>Brigitte Hasenjürgen</i>	
Rassismus an der Hochschule. Was tun für eine rassismuskritische Hochschulentwicklung?	271
<i>Johanna Meiers, Wael Baitamani</i>	
Rassismuskritisch Lernen im Kontext eines Workshops? Eine Reflexion aus der Perspektive der Workshopleitung	291
<i>Weena Mallmann, Insa Paschert, Annika Wilden</i>	
Rassismus und Diskriminierung im Hochschulkontext. Reflexionen im Spannungsfeld von Handlungsfähigkeit und Verunsicherung	315
Autor_innen	349

Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft

Markus Baum, Julia Maria Breidung, Martin Spetsmann-Kunkel

1 Rechte Verhältnisse und Variationen ihrer Deutung

Eines der zentralen Themen sozialwissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Debatten der Gegenwart ist das so genannte weltweite Erstarken der Rechten. Mit dieser Formulierung ist ein vermeintlicher diskursiver Rechtsruck ebenso gemeint wie die Zunahme an Wähler_innen-Stimmen für rechte Parteien bei Wahlen. Scheinbar werden diskriminierende Artikulationen im öffentlichen Raum intensiver und mehr.¹ In den verschiedenen Foren der Öffentlichkeit werden mediale Inhalte verstärkt von der französischen Nouvelle Droite, der US-amerikanischen Alt-Right oder der italienischen Casa-Pound lanciert. In fast allen Demokratien sind rechtspopulistische Parteien in den letzten zwanzig Jahren aufstrebend (Manow 2019b, 7ff). Orban, Erdogan oder Bolsonaro bilden mittlerweile die Spitzen nationaler Regierungen. Terroristische Attentate in Deutschland, Neuseeland, Norwegen oder den USA, deren Motive in rechten Weltanschauungen gründen, prägen die jüngste Vergangenheit (Institute for Economics & Peace 2019, 44ff). Die gegenwärtige Rechte umfasst somit Parteien, militant-radikale Akteur_innen und rechtspopulistische Bewegungen, die nicht losgelöst voneinander, sondern oftmals im Schulterschluss agieren (Salzborn 2019, Kapitel II).

Vielfältig sind die Gründe und Ursachen, die zur Erklärung dieses Phänomens bemüht werden. Verschiedene Erklärungsansätze fokussieren kulturelle und ökonomische Aspekte zugleich. In deren Perspektive wird der neoliberale Kapitalismus als Melange aus ökonomischen und identitätspolitischen Interessen charakterisiert, die eine gebildete, sozioökonomisch gut gestellte Elite übervorteilt, insbesondere die Schicht weißer, männlicher Industriearbeiter jedoch deklariert. Eine

¹ Diskutabel ist, inwiefern die Rede von einer Ausweitung des Diskursfeldes nach rechts plausibel ist (Biskamp 2019 und sein Beitrag in diesem Band).

„regressive Verteilungspolitik [geht einher; die Verf.] mit einer progressiven Anerkennungspolitik [...]. So entstand der ‚progressive Neoliberalismus‘ als ein seltsames Bündnis zweier Kräfte: auf der einen Seite die dynamischsten, postindustriellen, symbolisch aufgeladenen Teile der US-Wirtschaft – Silicon Valley, Wall Street und Hollywood. Auf der anderen Seite der liberale Mainstream der ‚Neuen sozialen Bewegungen‘ – liberaler Feminismus und LGBTQ-Rechte, Multikulturalismus und Umweltschutz“ (Fraser 2018, online).

Zugleich, so ein weiteres Element dieses Erklärungszusammenhangs, findet eine Verschiebung im diskursiven Feld statt. Der Klassenbegriff wird sukzessive entwertet, da auch die Sozialdemokratie vieler europäischer Staaten die neoliberale Landnahme propagiert (Crouch 2008, 71ff; Eribon 2016, 119ff). Statt einer Kritik der Politischen Ökonomie sind die rechten Inhalte einer kulturalistisch-rassistischen Identitätspolitik diejenigen überbleibenden Diskursangebote, die die Deutung gesellschaftlicher Konfliktlinien präformieren (Streeck 2017; Žižek 2006). Die Rechte, Rassismus und Kulturalismus werden hier als „verdeckte Kehrseite des Neoliberalismus“ (Fassin 2019, 41) verstanden, ohne jedoch das Aufgreifen jener Diskursangebote als legitim zu erachten.²

Diese ökonomisch informierten Deutungen diskursiver Verschiebungen leitet zumeist die Annahme, diejenigen, die rechte Parteien wählen, verfolgen entweder andere Motive als die Parteien (Protestwahl), oder aber sie täuschen sich über ihre Motive und missverstehen, dass es einen Widerspruch zwischen ihren Motiven und den Programmen rechter Parteien gibt. Deutungen, die den Wahlakt oder die rechte Positionierung hingegen als Ausdruck einer bewussten, an Inhalten orientierten Entscheidung begreifen, treten in vier Varianten auf.

1) Selbst wenn sich Frustration und Hass entlang kultureller Demarkationslinien entladen, können einer These zufolge die Wahl rechter Parteien oder das Einnehmen rechter Positionen ökonomisch plausibel sein (Manow 2019b, 11, 16, Fn. 8). Entlang der nationalstaatlich regulierten Achsen der Freizügigkeit an Personen und an Gütern lässt sich das Argument darstellen. Gerade in Nationalstaaten mit wohlfahrtsstaatlichem System, die offen für Migrant_innen sind und großzügig bei der Verteilung sozialer Hilfen, sowie in Nationalstaaten mit liberalisierten Arbeitsmärkten, die offen für gut ausgebildete Migrant_innen sind, stellt sich rechtspopulistischer Protest gegen diese Personen ein (ebd., 11, 19f, 62-69), denn Migration erhöht hier die Erfahrung der ökonomischen Konkurrenz in der Arbeitswelt und im Sozialsystem gerade bei jenen, die trotz eines geringen ökonomischen und sozialen

2 Streecks Positionen (2017; 2018) bilden insofern eine Ausnahme, da die dortigen Ausführungen teils aufgrund demokratietheoretischer, teils aufgrund funktionalistischer Überlegungen oftmals von mehr Verständnis für rechte, nationalistische Agitation getragen sind.

Statuts noch etwas zu verlieren haben. In diesem Sinne teilen die Massen die Interessen und Affekte rechter Parteien. Maßgeblich zeigt sich das in den USA in der Ablehnung rechts- und wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Diese werden als illegitime Instrumente eines Establishments diskreditiert, da sie gesellschaftlichen Reichtum zugunsten anderer und insbesondere zugunsten von Migrant_innen umverteilen. Gegen diese anderen, die sich in der sozialen Hierarchie oftmals weiter unten befinden, richtet sich das Ressentiment der Rechten letztendlich. Bei ihren Agitationen handelt es sich daher nicht um egalitäre, nach kollektiver Autonomie strebende normative Ansprüche, sondern um Ressentiments gegenüber ökonomisch schlechter Gestellten, die als „Wohlfahrtsempfänger“ (zit. n. Hochschild 2017, 60) oder „Faulenzer“ (zit. n. ebd., 161) bezeichnet werden (Fassin 2019, 78ff, 98). Innerhalb dieses Diskursfeldes lässt sich die Auseinandersetzung mit der Transformation der ehemaligen DDR verorten, weil sie trotz des spezifischen Fokus allgemeine Schlüsse zu Systemwechsel zulässt. Im Übergang von einem souveränen Staat zu den sogenannten neuen Bundesländern der Bundesrepublik vollzieht sich keine Wende, so das Argument, sondern bereits bestehende gesellschaftliche Krisen und charakterliche Dispositionen werden perpetuiert (Mau 2019). Eine nach unten gedrängte Sozialstruktur mit geringen Chancen auf einen gesellschaftlichen Aufstieg und ein Staatsapparat, der jeden Winkel überwacht, sollen überwunden werden. Jedoch erweist sich der Beitritt zur Bundesrepublik als Türöffner für wirtschaftliche und politische Akteur_innen der alten Bundesländer, die nun auf die Sozialstruktur aufsatteln. Zu dieser Deklassierung tritt zugleich eine kulturelle Entwertung und Diskreditierung der hergebrachten Lebensformen hinzu. Das Resultat ist ein fundamentales Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und eine xenophobe Ablehnung all jener, die nun in der Bundesrepublik Schutz und Arbeit suchen, da ihnen so die Interpretation der Ablehnenden, die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Aufstiegs gegeben zu sein scheint.

2) Kulturalistische Deutungen heben hervor, dass tradierte Werte und Normen von gesellschaftlich aufstrebenden Gruppen unterminiert werden. Jene Gruppen, die sogenannten Anywheres, pflegen einen hochindividualisierten Jetset-Lebensstil und seien in der Lage, Elemente verschiedener Kulturen performativ anzueignen. Hingegen halten die der Tradition verpflichteten Somewheres an einem substantialistisch aufgefassten Wertesystem fest, seien minder gebildet, geografisch und sozial immobil und in Sprache und Heimat fest verwurzelt. In dieser Perspektive sind die Interessen und Bedürfnisse der Anywheres zwar hegemonial, jedoch zugleich die einer Minderheit, die sie einer Mehrheit oktroyiert (Goodhart 2017; Lilla 2017; Reckwitz 2019, 29ff). Ausgeweitet wird diese kulturalistische Deutung in Argumentationszusammenhängen, die die Globalisierung als epochale Wende betrachten, in

deren Rahmen wirtschaftliche, politische und kulturelle Grenzöffnungen als gesamtgesellschaftlicher Kontrollverlust erfahren werden (Koppetsch 2019).³ In der „Sozialfigur des Migranten“ (ebd., 41), die den Hass der Rechten auf sich zieht, vereinen sich „grenzüberschreitende Mobilität, kulturelle Fremdheit, identitäre Hybridität und transnationale Verflechtungen“ (ebd.). Rechtes Agitieren und Wahlverhalten, Diskriminierung und physische Übergriffe werden diesen Deutungen entsprechend als Protest innerhalb gesellschaftlicher Konflikte um Werte, Normen sowie geografische und kulturelle Grenzen gedeutet.

3) Demokratiethoretische Positionen thematisieren hingegen die Kritiken an rechten Zusammenhängen als Ent-Demokratisierung. Kritik an rechten Positionen sowie an Formen des Auftretens und der Inszenierung gelten dieser Replik als eine von gesellschaftlichen Eliten vorgenommene Grenzziehung, die zwischen gemeinem Volk und fortschrittlich orientierten Gruppen diskriminiert. Den Eliten diene das gemeine Volk als Projektionsfläche für eigene diskreditierende Vorurteile. Durch das derart erzeugte Stigma des Volkes lasse sich die eigene Herrschaft legitimieren (Manow 2019a).⁴ Die Gegenwart ist demnach nicht durch eine „Krise der Demokratie, sondern eine der demokratischen Repräsentation“ (ebd., 14) gekennzeichnet. Insbesondere rechtspopulistische Strategien lassen sich so als Versuch verstehen, das ursprüngliche, eigentliche Volk zu inthronisieren (Müller 2019, 27ff) oder als Bestrebung eines Teils des Sozial-Volks, sich als Anteil des Ideal-Volks zu bestimmen (für diese Unterscheidung Rosanvallon 2010, 161f).

Repräsentationsverhältnisse stellen ebenfalls Analysen in den Fokus, die unzureichende ökonomische, kulturelle und diskursive Berücksichtigung der Gruppe der Kommunitarist_innen kritisieren. In Anbetracht der Öffnung von Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräfte und der Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen an supranationale Regime, gelten diese als schlecht ausgebildete Globalisierungsverlierer_innen, deren verschiedene Kapitalsorten nicht hinreichen, den gegenwärtigen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden und die sich aufgrund der unzureichenden Repräsentation ihrer Ansprüche nach rechts orientieren. Ihnen steht eine kosmopolitische Elite von Globalisierungsgewinner_innen gegenüber, die über ausreichend Sozial- und Kulturkapital verfügen und sich als Vertreter_innen der Menschenrechte verstehen (Merkel 2017).

3 Dass Koppetschs in Verdacht steht, plagiiert zu haben, ändert nichts daran, dass ihre Argumentation Deutungen des hier diskutierten Phänomens liefert.

4 Diese demokratiethoretische Kritik der Kritik kann sich auf historische Formen des Ausschlusses berufen. Vgl. Manow (2019a) zur Grenzziehung zwischen ‚Pöbel‘ und gebildeten Volk mit dem Ziel, die „Anteilslosen“ (Rancière 2002, 22) an politischer Herrschaft weiterhin zu exkludieren.

Derartige Interpretationen rechter Zusammenhänge laufen Gefahr, rechten Akteur_innen auf dem Leim zu gehen, da sie deren Selbstbeschreibungen unhinterfragt übernehmen. Denn es wird nicht infrage gestellt, ob die Selbstbeschreibungen lediglich Rationalisierungen tieferliegender physischer Dispositionen darstellen.

4) Diese Dispositionen sowie Ressentiments und Vorurteile sind das zentrale Moment der Deutungen rechter Zusammenhänge, die rassistische und antisemitische Einstellungen sowie autoritäre Charakterzüge innerhalb der Rechten betonen. Das Erstarken der Rechten gründet letztendlich in gesamtgesellschaftlichen und zivilisatorisch ausgebildeten Vorurteilstrukturen, sozialen (Erziehungs-)Praxen und hierarchischen Institutionen. Die Masse und rechte Parteien hassen und agitieren aufgrund derselben Ursachen und Gründe (Fassin 2019, 67ff; Heitmeyer 2018; Weiß 2017).

Der vorliegende Band nimmt sich des eingangs genannten Themas an und versucht, dessen Spektrum nicht lediglich abzubilden. Vielmehr noch führen die einzelnen Beiträge zum einen die Debatte fort, in dem spezifische Aspekte vertieft werden. Zum anderen wird durch die Beiträge des Bandes eine zweifache Fokussierung geleistet. 1) Die Räume der Populärkultur und Ästhetik, generell die symbolische Ordnung treten als Schauplätze gesellschaftlicher Konflikte hinzu. 2) Für den Hochschulkontext werden didaktische Konzepte zur Sensibilisierung im Umgang mit rechtspopulistischen bis radikal rechten Ideen, Motiven und Agitationen entwickelt. Auf diesem Wege soll hier sowohl ein Beitrag zur internen Differenzierung der Debatte als auch eine umfassendere Betrachtung des Phänomens geleistet werden, die sich ebenfalls anschlussfähig an andere wissenschaftliche Disziplinen und die pädagogische Praxis erweist.

2 Zum Hintergrund und den Beiträgen des Bandes

Der Band versammelt die Beiträge der Veranstaltungsreihe „Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft“, die im Wintersemester 2019/20 an der Katholischen Hochschule NRW in Aachen stattfand. Die Veranstaltungsreihe mit verschiedenen Formaten wie Workshops, Vorträgen, einer Fachtagung und Filmabenden wurde vom AStA und Studierendenparlament und einigen Studierenden des Masterstudiengangs Soziale Arbeit gemeinsam mit dem Dekanat und wissenschaftlichen Angestellten der Hochschule organisiert und durchgeführt. Entsprechend finden sich in diesem Band neben den

Beiträgen eingeladener Referent*innen anderer Hochschulen auch Textbeiträge der beteiligten Studierenden. Die Beiträge im Einzelnen:

Philip Manows Beitrag entwickelt das Argument, dass sich die Wahrnehmung, die repräsentative Demokratie befinde sich in der Krise, aus dem Zusammenwirken von zwei Entwicklungen erklärt: einerseits einer Krise der Repräsentation, die paradoxerweise aus der Demokratisierung der Demokratie, also der massiven Ausweitung politischer Partizipations- und Kommunikationsmöglichkeiten resultiert; andererseits aus der Entdemokratisierung der Demokratie, vor allem der Herausnahme substantieller Entscheidungsbereiche aus der Politik und deren Überantwortung an Gerichte oder an suprastaatliche Instanzen. Der politische Konflikt, der sich im Spannungsfeld dieser zwei gegenläufigen Prozesse entwickelt, ist einer, der den Streit in der Demokratie zu einem Streit über die Demokratie hat werden lassen. Dieser ist demokratisch aber nicht zu führen.

Der Aufstieg der AfD wird oftmals als Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks gedeutet. Der Beitrag von *Floris Biskamp* weist diese These zurück, indem er auf vier Ebenen (Einstellungsebene, Gewalt von rechtsaußen, Diskursebene und staatliche Politik) aufzeigt, dass die deutsche Gesellschaft in den letzten Jahren gerade nicht nach rechts gerückt ist. Viele der Phänomene, die heute als Beleg für einen vermeintlichen Rechtsruck gelten, waren auch in der alten BRD, in der DDR oder in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung Teil deutscher Normalität. Daher sollte der Aufstieg der AfD nicht als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsrucks gedeutet werden, sondern vielmehr als Teil der Formierung eines rechten Projekts, das sich gegen die fortschreitende Liberalisierung der Gesellschaft stellt.

Spätestens seit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie den Mordanschlägen von Halle und Hanau wird vielfach über rechtsextreme „Einzeltäter“ debattiert. Der Beitrag von *Richard Gebhardt* will die Gemeinsamkeiten des jüngsten Terrors von rechts analysieren und sich nicht mit psychiatrischen Klassifikationen begnügen. Aufgezeigt wird, dass das in den Bekennerschreibern und Videos prominent zum Ausdruck kommende ‚paranoide Element‘ der Tatbegründungen nicht nur von individualpsychologischer Devianz zeugt, sondern dass dieses Element vielmehr konstitutiver Teil rechter Ideologeme ist. Zentral sind für diese Ideologiebildung vor allem martialische Feindmarkierungen, die politische Gegner – wie in den Reden des Pegida-Aktivisten Lutz Bachmann – zu „Maden“ oder „Volksschädlingen“ degradieren. Das verschwörungsideologische Rauen über den ‚großen Austausch‘ und die Einflussagenten des ‚Kulturmarxismus‘ werden dabei ebenso wie der radikale Antifeminismus als militante Reaktion auf die gesellschaftspolitische Liberalisierung bewertet. Analysiert wird vor diesem Hintergrund, inwieweit der „Einzeltäter“ ein zoon politikon

ist und aufgrund der politischen Sozialisierung im Internet auch einen ‚globalisierten‘ Tätertypus verdeutlicht. Im Fazit verweist der Beitrag auch auf die Grenzen der hier vorgenommenen ideologiekritischen Betrachtung des Begriffs „Einzeltäter“ und regt eine Diskussion über die Re-Artikulation des damit verbundenen Problemzusammenhangs an.

Aktuelle Debatten suggerieren teils, dass das primäre Problem in Bezug auf den Antisemitismus darin bestünde, ihn der korrekten Täter_innengruppe zuzuordnen, ihn also wahlweise als ‚importierten Antisemitismus‘ zu externalisieren, oder den islamistischen Antisemitismus mittels Verweise auf sein rechtsextrems Pendant zu bagatellisieren. Scheindebatten solcherart müssen jedoch am Kern des Problems vorbeigehen, denn sowohl die Neue Rechte als auch der politische Islam stellen Ausprägungen derselben reaktionären und projektiven Abwehr der modernen Vergesellschaftung dar. Der Beitrag von *Philip Markgraf* und *Johanna Zeevart* geht den Differenzen und Gemeinsamkeiten dieser beiden antisemitischen Strömungen unter Beachtung der Spezifik einer bürgerlich-kapitalistisch organisierten Waren- und Subjektproduktion nach. Durch diese Untersuchung wird nachvollzogen, wie sich im Antisemitismus der Neuen Rechten und des politischen Islam ideologische Affekte Bahn brechen, welche in der Grundstruktur der modernen Gesellschaftsordnung angelegt sind.

Debatten über weiße Menschen, die Elemente aus nichtweißen Kulturen übernehmen, werden in der Öffentlichkeit immer präsenter. Sei es das Tragen von Dreadlocks oder Kleidung mit chinesischen Zeichen, den Träger_innen wird kulturelle Aneignung vorgeworfen. Damit verbunden ist auch immer die Annahme, die Anderen würden rassistisch handeln, die eigene Position sei hingegen reflektiert und rassismuskritisch. Doch welches Kulturverständnis steht hinter der Kritik an der vermeintlichen Aneignung kultureller Symbole? Der Beitrag von *Leonie Johanna Illmer* analysiert mit Bezug auf das neu-rechte Theoriekonzept des Ethnopluralismus die Argumentationsgrundlage der Kritik an kultureller Aneignung. Dabei wird außerdem geprüft, inwiefern diese Form linker Identitätspolitik ihrem eigenen Anspruch, Rassismus nachhaltig zu bekämpfen, gerecht werden kann.

Im letzten Jahrzehnt hat die deutsche Populärkultur zwei wesentliche Kontroversen hervorgebracht, die die deutsche Öffentlichkeit – der in diesem Bereich üblicherweise kurzlebigen Empörung entgegenstehend – auch über den Tag hinaus beschäftigt haben: die Debatte um Gangstarap im Zusammenhang mit der deutschen Migrationsgeschichte sowie die Auseinandersetzung um einen (vermeintlichen) Rechtsradikalismus der Gruppe Frei.Wild. Dass gerade diese beiden Themen eine derartige öffentliche Resonanz erfahren konnten, stellt nun keineswegs einen Zufall dar. Vielmehr, so *Martin*

Seeligers Argumentation, bilden beide die Demarkationslinien zeitgenössischer sozialer Konflikte ab.

Markus Baums Text nimmt seinen Ausgang von der Erkenntnis, dass dem Feld der Architektur und des Städtebaus eine erhebliche Relevanz für das Verständnis gegenwärtiger politischer Konflikte zukommt. Im Rahmen einer Analyse urbaner Strategien der Rechten wird die historische Rekonstruktion als deren zentrales Mittel ausgewiesen. Inwiefern dieser architektonische Stil ermöglicht, rechte Ideen und Motive im öffentlichen Raum wirksam zu artikulieren, wird vor dem Hintergrund eines weiteren gesellschaftlichen Horizonts erörtert. Die Moderne und die postfordistische Bereicherungsökonomie werden als kulturelle und ökonomische Facetten eines Transformationsprozesses rekonstruiert, der Gebäude im Stile der historischen Rekonstruktion auch für jene gesellschaftlichen Gruppen attraktiv macht, die nicht der Rechten zuzuzählen sind.

Der Artikel von *Laura Maren Michel* befasst sich einerseits mit der Identitätsbildung Jugendlicher in der postmodernen mediatisierten Gesellschaft und andererseits mit den Social-Media-Strategien rechtsextremer Akteur_innen zur Rekrutierung Jugendlicher. Eine Analyse der Internetpräsenzen erfolgt hinsichtlich Rhetorik, grafischer Gestaltung sowie angewandter Stilmittel. Aktuelle Social-Media-Posts verdeutlichen beispielhaft die herausgearbeiteten Merkmale und Strategien rechtsorientierter Online-Präsenzen.

Die Soziale Arbeit steht ihrer Professionsgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus weitestgehend desinteressiert gegenüber. Auch Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit, wie die Katholische Hochschule NRW Abteilung Aachen, bilden hierbei keine Ausnahme. Personelle und theoretische Kontinuitäten zwischen Weimarer Republik, NS-Diktatur und dem geteilten Deutschland haben die Institutionen und Praxen der Profession jedoch deutlich geprägt. Der Artikel von *Tim Ernst* betrachtet die Entwicklungen an der Sozialen Frauenschule Aachen im Kontext der Verbreitung von eugenischen und rassenhygienischen Tendenzen innerhalb der Sozialen Arbeit, um dabei den Fragen nachzugehen, wie der NS-Staat auf die Profession Soziale Arbeit einwirkte und wie der Nationalsozialismus als gesellschaftsdurchdringende Ideologie die Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit in Deutschland für sich vereinnahmte.

Susanne Bücken schreibt ihren Beitrag aus zwei miteinander verflochtenen Anlässen. Sie analysiert antimuslimisch-rassistische Argumentationen und extrem rechte Denkfiguren in Veröffentlichungen eines langjährig hauptamtlichen Lehrenden der KatHO NRW und hinterfragt gleichermaßen das anhaltende Schweigen der Hochschule zu diesen rassistischen bzw. rechten Veröffentlichungen. Hierzu untersucht sie auch Nicht- und De-Thematisierungsweisen von Rassismus im Zusammenwirken mit den vorherrschenden

Repräsentationsverhältnissen und Wissensbeständen einer *weiß-,*christlich-*westlichen* Hochschule. Mit ihrer Kritik an epistemischer Gewalt in institutionell-diskursiven Praxen vertritt die Autorin in Bezugnahme auf Arendt das Anliegen, dass ein verantwortungsvoller, (selbst-)kritischer Umgang der Hochschule mit rassistischen und extrem rechten Diskursen eine Notwendigkeit darstellt und zugleich die persönliche Verantwortungsübernahme der Repräsentant_innen der Hochschule einfordert.

Für den Beitrag von *Brigitte Hasenjürgen* zu „Rassismus an der Hochschule“ werden drei Zugänge gewählt: Zunächst geht es um die Hochschule als Ort der Wissensproduktion über Kolonialismus und Rassismus; zweitens wird die Hochschule als Ort der (Aus-)Bildung am Beispiel Sozialer Arbeit thematisiert; schließlich wird die Hochschule als Ort der Repräsentationen und der konkreten Interaktionen und Praxen vorgestellt.

In ihrem Beitrag fragen *Wael Baitamani* und *Johanna Meiers* nach Gelingenbedingungen für rassismuskritische Lernprozesse im Kontext von Workshopformaten. Ausgangspunkt dieser Frage bilden ihre Erfahrungen als Leitung des Workshops „Flucht – Diversität – Kulturelle Bildung: Kulturelle Bildungsangebote unter einer rassismuskritischen Perspektive auf der Fachtagung Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft“. Mit einer (selbst-)kritischen Reflexion des von ihnen geleiteten Workshops in Bezug auf die (Un-)Möglichkeit, in diesem rassismuskritisch zu lernen, nähern sie sich im Beitrag der Beantwortung ihrer Frage an. Auf Grundlage eines Gedächtnisprotokolls fokussieren sie hierbei das Spannungsverhältnis von Perspektivenvielfalt und Verletzungssensibilität, legen die im Workshop präsenten Dominanz- und Wissensverhältnisse offen, zeichnen eigene (Abwehr-)Reaktionen ebenso wie solche der Teilnehmer_innen nach und decken blinde, weiße Flecken in der Umsetzung des Workshops auf. Sie ordnen diese als Teil eines rassismuskritischen Lernprozesses ein und formulieren auf der Grundlage ihrer Reflexion abschließend Hinweise für die Ermöglichung rassismuskritischen Lernens in Workshopformaten.

Rassismus und Diskriminierungsprozesse sind keine neuen gesellschaftlichen Phänomene. Sie sind an eine lange Geschichte geknüpft, die sich auch in der Forschungslandschaft niederschlägt. Aber nicht nur die Forschung über die Phänomene selbst, auch die Forschung über ihre Wirkungsweisen und die Effekte, welche entstehen, wenn Menschen sich auf einen rassismuskritischen Weg begeben, sind beachtenswert. Das Entwicklungsprojekt „Rassismus und Diskriminierung im Hochschulkontext. Reflexionen im Spannungsverhältnis von Handlungsfähigkeit und Verunsicherung“, das im Rahmen des im Masterstudium Soziale Arbeit u.a. von *Insa Paschert*, *Weena Mallmann* und *Annika Wilden* durchgeführt wurde, setzt sich mit jenen Prozessen und Phänomenen vorrangig im Hochschulkontext auseinander. Aus dem Entwick-

lungsprojekt geht ein Handlungskonzept hervor, welches Forderungen zu einer rassismuskritischen Ausrichtung an Hochschulen formuliert.

Literatur

- Biskamp, Floris (2019): Auf vielen Ebenen, mit vielen Mitteln. Was tun gegen den Rechtsruck? <http://blog.florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/03/Floris-Biskamp-Auf-vielen-Ebenen-mit-vielen-Mitteln.pdf> [Zugriff: 24.01.2020].
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- Fassin, Eric (2019): Revolte oder Ressentiment. Über den Populismus. Köln.
- Fraser, Nancy (2018): „Wir brauchen eine Politik der Spaltung“. Interview mit Nils Markwardt und Dominik Erhard, <https://philomag.de/eine-politik-der-spaltung/> [Zugriff: 28.01.2020].
- Goodhart, David (2017): The road to somewhere. The populist revolt and the future of politics. London.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Berlin.
- Hochschild, Arlie Russell (2017): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt a.M./New York.
- Institute for Economics & Peace (2019): Global Terrorism Index 2019: Measuring the Impact of Terrorism. Sydney.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld.
- Lilla, Marc (2017): Das Scheitern der Identitätspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 62, 1, 48–51.
- Manow, Philip (2019a): Demokratisierung der Demokratie, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 73, 12, 5–15.
- Manow, Philip (2019b): Die politische Ökonomie des Populismus. Bonn.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, 9–23.
- Müller, Jan-Werner (2019): „Das wahre Volk“ gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte, 69, 9–11, 18–24.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin.

- Salzborn, Samuel (2019): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Bonn.
- Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin, 253–275.
- Streeck, Wolfgang (2018): Wir müssen aufstehen, in: Die Zeit, Nr. 36/2018, vom 30. August 2018.
- Žižek, Slavoj (2006): Against the Populist Temptation, in: Critical Inquiry, 32, 3, 551–574.

Die (Ent-)Demokratisierung der Demokratie – zwei Prozesse

Philip Manow

„Wir sind es überdrüssig zu hören,
dass die Demokratie in der Krise ist“
(Macpherson 1965, 2).¹

Unsere Zeiten sind vielleicht nur darin neu, dass in ihnen immer etwas zu Ende geht, aber nichts Neues an seine Stelle tritt: das Zeitalter der großen Erzählungen oder das der Ideologien, die Geschichte, die Moderne, der Liberalismus, die Wahrheit usw. – nun also scheinbar auch die Demokratie, so eine verbreitete Diagnose in Anbetracht des weltweit erstarkenden Populismus (vgl. etwa Levitsky/Zibblatt 2018; Runciman 2020; siehe bereits Crouch 2008).² Unfähig zu sagen, was danach kommt, stellt man den Begriffen eine Silbe voran: *Posthistoire*, *Postdemokratie*, *post-truth* etc. Die Postmoderne, als eine Art Klammerbegriff, soll wiederum die kulturelle Ausdrucksform von etwas sein, das sich ebenfalls erschöpft hat, aber als maßgeblicher Verursachungsfaktor und Begründungsressource kulturkritischer Diagnosen noch gebraucht und daher mit einem vorsichtigeren Zeitpräfix versehen wird: der Spätkapitalismus (Jameson 1991; Anderson 1998). Vorsicht scheint hier auch deshalb geboten, weil die These, die Geschichte sei zu Ende gegangen, ja insbesondere mit dem vollständigen Sieg begründet wurde, den der Kapitalismus über seine staatssozialistische Systemalternative davongetragen habe (Fukuyama 1989; Fukuyama 1996).³ Die Konsequenz dieser zahlreichen End-Diagnosen ist eine zeitliche Verortung – post-irgendwas – in einem seltsam zeitlosen Raum: „[M]an kann das Konzept der Postmoderne verlässlich als einen Versuch begreifen, die Gegenwart historisch zu verorten, in einer Zeit, die historisch überhaupt zu denken verlernt hat“ (Jameson 1991, ix). Das wird aber nicht als Widerspruch wahrgenommen, sondern als Beleg der These selbst, sei die Postmoderne doch geprägt von dem paradoxen, ungleichzeitigen Nebeneinander und nicht mehr – wie die Moderne – von dem folgerichtigen, teleologischen Nacheinander.

1 Im Original: „We are tired of hearing that democracy is in crisis“. In der deutschen Übersetzung des Textes (Macpherson 1967) ist dieser Satz nicht zu finden.

2 Der nachfolgende Text referiert im Wesentlichen Thesen aus Manow 2020.

3 Postkapitalismus (Mason 2016) ist dann immer noch keine Diagnose und auch keine Prognose, sondern bleibt ein Postulat.

Auch der aktuelle Populismuskurs zieht seine besondere Dringlichkeit im Wesentlichen aus einer solchen Endzeitperspektive, aus der drohenden Gefahr eines ‚end of democracy‘ oder aus der Diagnose, die entsprechende Schwelle sei bereits überschritten. Und auch für diese Entwicklung werden bisweilen der Kapitalismus und sein globaler Erfolg verantwortlich gemacht. Ein sich im Weltmaßstab durchsetzender Kapitalismus unterminiere die nationalstaatlichen Wachstums- und Wohlfahrtsstaatsmodelle, so die Einschätzung, und sei somit verantwortlich für ein weiteres Zu-Ende-Gehen, für das Ende des Nationalstaats, und das heißt eigentlich: für das Ende der Politik. Wir befinden uns, das wurde zumindest lange Zeit gern behauptet, in einer postnationalen Konstellation. Aber das „Ende der Nation“ bedeute zugleich „den Tod der Politik“ (Guéhenno 1998, 39).⁴ In diesem Fall jedoch meinen viele – wenigstens in Europa – zu wissen, was danach kommt oder doch kommen sollte: der Nachbau des nationalstaatlichen Modells in größerem Maßstab, auf suprastaatlicher Ebene. Für sie liegt der Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten und Konflikten darin, „die Reichweite von Demokratie, Regulierung und Sozialpolitik auf Ebenen oberhalb des Nationalstaats auszudehnen“ (Crouch 2018, 4).

Weil es aber bis auf Weiteres keinen glaubwürdigen Entwurf dafür gibt, wie sich Demokratie und Wohlfahrtsstaat auf supranationaler Ebene verwirklichen lassen, und weil auch Europa einen solchen nicht bietet, scheint für Kritiker innen das im schlechten Sinne Utopische dieses Versprechens auf das handfeste Szenario einer doppelten, ökonomischen wie politischen Entmündigung hinauszulaufen. Die im Blick auf Staatshaushalte und Politikzuständigkeiten ohnehin recht nachlässig begründete These von der postnationalen Konstellation legitimiert, so die Befürchtung, dann eine überhaupt erst zu vollziehende Absage an die Nation, so dass man mit ihr schließlich auch noch die Adressatin für jeglichen demokratischen Unmut über die schwindenden Räume politischer Selbstbestimmung zum Verschwinden bringen könnte – der ultimative Triumph liberaler „Postpolitik“ (Chantal Mouffe). Das sieht dann aber gar nicht mehr nach einem „ungenierten Sieg des ökonomischen *und* des politischen Liberalismus“ aus (Fukuyama 1989, 3, Her-

4 Insofern hat es eine gewisse Folgerichtigkeit, dass Guéhenno's „La fin de la démocratie“ im Englischen „The End of the Nation State“ betitelt wurde. Man hätte als Buchtitel aber genauso gut „Das Ende der Politik“ wählen können; so lautet die Überschrift des dritten Kapitels, das mit dem Satz beginnt: „Das Ende der Nation bringt den Tod der Politik mit sich“ (Guéhenno 1998, 39). Als Ersatz preist der Autor dann Technokratie an: „Die Frage nach der Legitimität wird allmählich ebenso unpassend wie das Nachdenken über die ‚Rechtmäßigkeit‘ oder ‚Unrechtmäßigkeit‘ eines Computerprogramms. Das sanfte Brummen der gesellschaftlichen Maschinerie genügt sich selbst“ (ebd., 87). Und was, wenn dieses „sanfte Brummen“ aussetzt? Eine politische Ordnung ohne Legitimität ist ein Altraum.

vorhebung des Verf.), sondern viel eher nach einem Sieg der ökonomischen Freiheiten auf Kosten der politischen.

All das, was wir unter Populismus subsumieren, ließe sich aus dieser Perspektive als Protest gegen Globalisierung verstehen. Sowohl gegen die ökonomische als auch gegen die politische Globalisierung (Kriesi 2014; Kriesi/Pappas 2015), im europäischen Fall insbesondere auch als Protest gegen die Dekonsolidierung des Nationalstaates durch die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene (Hooghe/Marks 2017). Dahinter steht ein Versprechen auf die Rückerlangung politischer Souveränität. Man mag diesen Wunsch für nostalgisch, naiv, aus der Zeit gefallen und daher schon per se für demagogisch und verlogen halten. Sein demokratischer Kern und dessen Mobilisierungskraft mitsamt ihren verteilungspolitischen Implikationen lassen sich aber schlecht ignorieren – oder nur um den Preis des Nicht-Verstehens der gegenwärtig dominanten politischen Konfliktlinie. Das mündet schließlich in eine Debattenlage, in der die Diagnosen nicht gegensätzlicher und unversöhnlicher sein könnten: Populismus als Gefährdung der Demokratie etwa durch Nationalismus, oder Populismus als Reaktion auf die Gefährdung der Demokratie etwa durch Denationalisierung. So, wie sich diese wechselseitigen Einschätzungen öffentlich artikulieren, haben wir es dann aber schon mit einer entscheidenden Überschreitung vorheriger Postdemokratie-Befunde zu tun, stellten diese doch noch auf das formale Weitergelten, inhaltlich jedoch zunehmend entleerte Funktionieren demokratischer Prozesse ab, während sich heute die Lager wechselseitig zum Vorwurf machen, sich jeweils als offene Verächter_innen beziehungsweise Gegner_innen der Demokratie zu erweisen.

Indes provoziert auch die begründete Annahme, Populismus habe nicht zuletzt etwas mit Globalisierung zu tun (Manow 2018; Rodrik 2018)⁵, eine Reihe von Folgefragen. Vor allem: Wie konnte das Globalisierungsprojekt, das ja kein irgendwie naturwüchsiges, sondern ein politisches Projekt war und ist, überhaupt so weit vorangetrieben werden, dass es erst jetzt und nun recht plötzlich einen so disruptiven, weil elektoral folgenreichen Protest hervorruft? Warum haben demokratische Korrekturmechanismen nicht schon viel früher gegriffen?

Es stellt sich also einerseits die ‚Warum dort?‘-Frage der geografischen Varianz: Warum wird der Globalisierungsprotest einmal eher als Protest gegen die grenzüberschreitende Bewegung von Gütern und Kapital und einmal eher als Protest gegen die grenzüberschreitende Bewegung von Personen

5 Die beiden Arbeiten seien hier stellvertretend für viele Studien genannt, die diesen Nexus ebenfalls betonen. Eine unvollständige Liste weiterer Beispiele: Autor et al. 2016; Becker/Fetzter 2017; Colantone/Staning 2018; Funke et al. 2015; Guiso et al. 2017; Dijkstra et al. 2018; Rodríguez-Pose 2018.

artikuliert? Warum tritt der Protest hier eher links und dort eher rechts auf (Manow 2018)? Oder sind das vielleicht ohnehin überholte Kategorien in einer Zeit, in der sich ein republikanischer US-Präsident zum Schutz der Arbeiter_innenklasse vom Freihandel verabschiedet, ein italienischer Rechtspopulist gegen die durch die Maastricht-Kriterien auferlegte ‚Austerität‘ protestiert und ein französischer Linkspopulist die Migrationspolitik Angela Merkels kritisiert, weil diese auf die europaweite Schaffung einer lohndruckerischen Unterklasse abziele? Haben sich unsere Einordnungsmuster nicht vielleicht erübrigt in einer Zeit, in der viele populistische Parteien den Wählenden eine neuartige Kombination aus sozioökonomisch linken und soziokulturell rechten Positionen präsentieren? Immerhin handelt es sich dabei um eine ideologische Kombination, die in den ostmitteleuropäischen Ländern bereits seit 1990 als Erbschaft des Konflikts zwischen wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch liberalen Reformparteien und den in beiden Dimensionen etatistisch-konservativen kommunistischen Nachfolgeparteien dominiert (Hooghe et al. 2002; Marks et al. 2006).

Es stellt sich aber zugleich die ‚Warum jetzt?‘-Frage (Guiso et al. 2017): Warum haben sich in unserer Gegenwart simultan diverse populistische Bewegungen herausgebildet, die viele verschiedene Kontexte und Milieus erfassen? Bei allen Unterschieden in den Erscheinungsformen und konkreten Programmatiken des Populismus müsste eine politökonomische Erklärung des Phänomens ja auch angeben können, was sich im Verhältnis von Ökonomie und Demokratie so grundsätzlich geändert hat bzw. wie sich Ökonomie und Demokratie jeweils für sich derart verändert haben, dass uns ihr Verhältnis heute so krisenhaft und die Demokratie uns so gefährdet erscheint.

Eine Politische Ökonomie des Populismus bedarf offenbar auch einer Politischen Theorie, und die muss historisch und theoretisch weiter ausgreifen. Wenn der Anlass für populistischen Protest auch in jeweils recht konkreten ökonomischen Verwerfungen liegen mag, so verweist das Phänomen selber doch auch auf spezifische Dysfunktionalitäten der repräsentativen Demokratie. Hier setzt mein Argument ein. Seine zentrale These lautet, dass sich im Populismus zwei Prozesse bündeln. Der Populismus unserer Gegenwart konfrontiert uns mit der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit, aber auch mit dem latenten Zusammenhang von zwei Entwicklungen, die ich *Demokratisierung* und *Ent-Demokratisierung der Demokratie* nennen möchte. Die erste These, die von der Demokratisierung der Demokratie, lautet, dass wir es zunächst eigentlich mit einer Krise der Repräsentation, nicht aber mit einer Krise der Demokratie zu tun haben. Ganz im Gegenteil: Die Krise der Repräsentation sollte als eine Konsequenz der *massiven Ausweitung* politischer Partizipationschancen verstanden werden, die wir momentan erleben. Die Demokratie ist also ‚demokratischer‘ geworden, sie hat sich demokratisiert.

Zugleich scheint sie auch als Legitimationsprinzip unumstrittener denn je. Ihre institutionelle Umsetzung ist heute in vielen Ländern umfassender gewährleistet als jemals zuvor. Die Unterdrückung der Opposition, die Einschränkung des aktiven wie passiven Wahlrechts nach Einkommen, Steuerzahlung, Lesevermögen, Geschlecht, Hautfarbe, Beruf oder anderen Kriterien, indirekte und/oder nichtgeheime (Elster 2015; Przeworski 2015) oder sonst wie manipulierte Wahlen, nichtgewählte Zweite Kammern mit Vetomöglichkeiten gegenüber der Ersten, Monarch_innen oder Militärräte mit politischen Mitspracherechten etc.: Die zahlreichen praktischen und institutionellen Einschränkungen, gegen die das demokratische Gleichheitsprinzip seit mehr als 200 Jahren zu kämpfen hat, sind in vielen Ländern Schritt für Schritt abgebaut worden (Przeworski 2018, Kapitel 3). Und selbst Autokratien – ob das Putins Russland ist, die iranische Theokratie oder Erdogans Türkei – haben Schwierigkeiten, die Abhaltung von Wahlen zu vermeiden oder das Ergebnis von Wahlen zu ignorieren bzw. zu annullieren: „Die prinzipielle Ablehnung von Wahlen ist zur reinen Minderheitenposition geworden“ (Dunn 2006, 131). Einmal gewährt, entwickeln demokratische Freiheiten zudem ein extrem hohes Suchtpotenzial – wie sich aktuell etwa an der enormen Erbitterung zeigt, mit der Hongkongs Bürger_innen ihre politischen Rechte gegen die ausgreifende Unterdrückungsmaschinerie Chinas verteidigen oder die Bürger_innen Weißrusslands ihren Autokraten loszuwerden versuchen. Das alles spricht also nicht unbedingt für eine Krise der Demokratie – weder als grundlegendes Legitimationsprinzip noch als etablierte Praxis und institutionelles Arrangement gesellschaftlicher Ordnung. Die noch kürzlich allgemein getroffenen Einschätzungen, dass es nun weltweit keine legitime Alternative zur Demokratie als politischer Herrschaftsform mehr gäbe⁶, haben sich ja nicht plötzlich, wie über Nacht, alle als falsch erwiesen.

Es ist aber andererseits nicht zu übersehen, dass sich Befunde eines ‚*backsliding*‘ und einer ‚*democratic recession*‘ häufen, uns in wachsender Zahl Berichte über die zunehmende Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte und über den Rückfall in autoritäre Verhältnisse und politische Repression erreichen (Diamond 2015; siehe aber Levitsky/Way 2015): Polen, Ungarn, die Türkei, die Philippinen unter Duterte, Brasilien unter Bolsonaro,

6 Stellvertretend für viele: „Während sich dieses turbulente Jahrhundert dem Ende zuneigt, scheint liberale Demokratie als einzig legitime Regierungsform anerkannt zu werden“ (Mouffe 2018, 85). „Demokratie, darunter verstehe ich kollektive Selbstregierung, erfreut sich in der heutigen Welt außergewöhnlicher Legitimität“ (Warren 2006, 282). Der Sieg wurde also so unumschränkt wahrgenommen, dass dies als das eigentlich Erklärungsbedürftige schien: „Warum ist die Demokratie zum überwältigend vorherrschenden, ja zum geradezu exklusiven Anwärter dafür geworden, die Standards legitimer politischer Herrschaft zu definieren“ (Dunn 1992, 239)?

Venezuela unter Maduro, Indien unter Modi, die USA unter Trump etc. Es sind vor allem diese beunruhigenden Nachrichten, die sich zum generellen Eindruck einer aktuellen Gefährdung der Demokratie verdichtet haben. Der aktuelle Bericht der Nichtregierungsorganisation Freedom House konstatiert: „Die Demokratie ist auf dem Rückzug“ (FreedomHouse 2019, online; Übersetzung des Verf.).⁷ Bei näherer Betrachtung steht aber im Zentrum dieser Entwicklungen ein paradoxer Befund, nämlich der, dass der Demokratie vor allem von der Demokratie Gefahr zu drohen scheint, weil sie immer häufiger ‚im Namen der Demokratie‘ angegriffen wird. Denn auch wenn die neuen populistischen Bewegungen und die neuen populistischen Führerfiguren vieles infrage stellen – die Demokratie nun meistens gerade nicht. Ganz im Gegenteil: Sie geben vor, in ihrem Namen anzutreten, und da genau das in einer breiten Öffentlichkeit als Gefährdung der Demokratie wahrgenommen wird, befinden wir uns in der paradoxen Lage, Krise und Nicht-Krise der Demokratie als gleichzeitige Ereignisse konstatieren zu müssen.⁸

Tatsächlich war es ja genau dieses demokratische Bekenntnis der Populist_innen, das den niederländischen Politikwissenschaftler Mudde dazu bewog, die neuen rechtspopulistischen Parteien in einem einflussreichen Beitrag von den alten rechtsextremen, neofaschistischen Anti-System-Parteien abzugrenzen, die es natürlich immer gegeben hat und die es vermutlich immer geben wird (Mudde 2007; Mudde 2010). Dasselbe trifft für den Linkspopulismus zu, der ja auch – anders als die orthodoxe Linke früher – keine Diktatur des Proletariats mehr errichten will, sondern sich vielmehr die grundsätzliche Korrektur eines, aus seiner Sicht, plutokratisch verfälschten Systems zum Ziel genommen hat, der vielleicht die Abschaffung des Kapitalismus befürwortet, aber eben nicht die Abschaffung der Demokratie.⁹

7 Ohne dass die von Freedom House selbst präsentierten Daten diesen Befund vollkommen stützen würden: „Zwischen 1988 und 2005 ging der Anteil der Staaten, die im Freedom-of-the-World-Index als ‚unfrei‘/‘nicht frei‘ klassifiziert wurden, um fast 14 Prozentpunkte zurück (von 37 auf 23 Prozent), während der Anteil ‚freier‘ Staaten zunahm (von 36 auf 46 Prozent). Diese Welle des Fortschritts zieht sich nun wieder zurück. Zwischen 2005 und 2018 stieg der Anteil der ‚unfreien‘/‚nicht freien‘ Staaten auf 26 Prozent, während der Anteil ‚freier‘ Staaten auf 44 Prozent zurückging“ (FreedomHouse 2019, online; Übersetzung des Verf.). Würden wir diese Daten rein für sich sprechen lassen, beschränkte sich die gegenwärtige ‚Krise‘ der Demokratie also letztlich auf einen sehr leichten Rückgang (von 2 Prozent!), nachdem zuvor substantielle Zugewinne an Freiheit verzeichnet worden waren.

8 „Das demokratische Ideal herrscht mittlerweile uneingeschränkt, und doch stehen die Systeme, die sich auf dieses Ideal berufen, fast überall heftig in der Kritik“ (Rosanvallon 2017, 9).

9 Die Definitionen, die Mudde und seine Kolleg_innen anbieten, lauten für linksradikale Parteien: „Parteien, die die Strukturen des gegenwärtigen Kapitalismus ablehnen und für eine Alternative zu den hergebrachten Formen der Machtverteilung in Wirtschaft und Politik eintreten. Sie sehen in der ökonomischen Ungleichheit das Hauptmerkmal gegenwärtiger

Diese Referenz der Populist_innen auf eine angeblich ‚wahre‘ und momentan nur ‚vom politischen Establishment‘ verfälschte Demokratie ist also ein zentraler Teil der Definition dessen, um was es geht:

„Es ist bemerkenswert, dass im frühen 20. Jahrhundert Nationalismus und Sozialismus Erscheinungsformen eines antidemokratischen Extremismus waren, während zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Populisten zumeist demokratisch, aber antiliberal sind. Daran zeigt sich zumindest, dass die Demokratie (Volksouveränität und das Mehrheitsprinzip) nun hegemonial ist, während das für die liberale Demokratie – die Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung hinzufügt – nicht gilt“ (Mudde 2018).

Die neuen populistischen Parteien sind sicherlich antiinstitutionell, im Regelfall Gegnerinnen der repräsentativen Demokratie, sie sind aber eben nicht antidemokratisch (Moulin-Doos 2017; Przeworski 2019, 134) – beziehungsweise müssten diejenigen, die ein solches Urteil fällen, sehr viel präziser angeben, wo und wie genau der beständige Appell an die Volksouveränität eigentlich ins Anti-Demokratische kippt. Nicht zuletzt wird man dem Umstand Rechnung tragen müssen, dass die Populist_innen gewählt und sogar auch häufig wiedergewählt werden. Dabei lässt sich kaum überzeugend argumentieren, hier handele es sich jeweils um demokratische Mehrheiten, die den Auftrag zur Abschaffung der Demokratie erteilt hätten – also um Selbstentmündigungsmehrheiten. In der letzten Welle des World Value Survey (2010-2014) geben in den USA lediglich 1,1 Prozent der Befragten an, Demokratie sei „absolut unwichtig“, 60,6 Prozent halten sie dagegen für „sehr“ oder „absolut wichtig“.¹⁰ Wie wollte man da die 46,1 Prozent der Stimmen, die Trump 2016 erhielt, als Mandat für die Zerstörung der Demokratie verstehen? Zugleich ist es sowohl methodisch wie demokratietheoretisch problematisch, eine ganz spezifische Wähler_innenschaft für systematisch getäuscht, verführt, letztlich unzurechnungsfähig und/oder grundlegend moralisch defizient zu erklären.

Das Argument, eine „illiberale Demokratie“ (Viktor Orbán) sei überhaupt keine Demokratie, ist sehr überzeugend (Müller 2019, 122ff). Aber das Argument, dass der Liberalismus in vielen seiner heutigen Ausprägungen un-

sozialer und politischer Verhältnisse und fordern eine massive Umverteilung von Ressourcen zulasten der herrschenden Eliten“. Für populistische Parteien lauten sie: „Parteien, für die die Gesellschaft letztlich in zwei jeweils homogene und sich antagonistisch gegenüberstehende Gruppen gespalten ist, das ‚wahre Volk‘ gegen die ‚korrupte Elite‘, und die die Idee vertreten, Politik sollte der möglichst unverfälschte Ausdruck eines *volonté générale* des Volkes sein“ (Rooduijn et al. 2019, online).

- 10 80 Prozent der befragten US-Amerikaner_innen halten es für „gut“ oder „sehr gut“, ein demokratisches System zu haben, 17 Prozent für „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Angaben auf der Basis der Daten, die auf www.worldvaluessurvey.org frei verfügbar sind.

demokratisch geworden ist, ist es nicht weniger. Wir müssen beides betrachten, wenn wir von der Krise der Demokratie sprechen, sowohl „dass gewisse vermeintlich demokratische Kräfte die Rechtsstaatlichkeit untergraben“ wie auch dass „gleichzeitig gewisse vermeintlich liberale Kräfte die Volkssouveränität aushöhlen“ (Mor 2019, 69). Beide Entwicklungen müssen in den Blick genommen werden, nicht aus Gründen irgendeiner Ausgewogenheit, sondern weil sie offensichtlich unabhängig voneinander nicht zu verstehen sind. Denn es scheint plausibel, im Populismus „im Wesentlichen eine illiberale demokratische Antwort auf undemokratischen Liberalismus“ zu sehen (Mudde/Kaltwasser 2017, 172; Mounk 2018). Es ist kein Relativismus, kein irregeleiteter ‚*bothsideism*‘, wenn man konzediert, dass jeweils ein tatsächliches Demokratiefeld angesprochen ist. Die Lager zeigen – mit einer gewissen Berechtigung – auf die Fehlentwicklungen der Gegenseite, um ihre eigene Agenda zu legitimieren: ‚Demokratie‘ à la Orbán auf der einen versus ‚postpolitische Juristokratie‘ à la Luxemburg auf der anderen Seite.¹¹ Dabei bezieht man sich dann auch, meist implizit, auf unterschiedliche Demokratiefelddefinitionen.

Aber selbst wenn der gegenwärtige Konflikt vor dem Hintergrund des bekannten Spannungsverhältnisses zwischen Liberalismus und Volkssouveränität interpretiert (Mouffe 2009), und nicht einfach nur als Konflikt zwischen Demokrat_innen und Antidemokrat_innen simplifiziert wird, bliebe zu klären, wie dieses ja nun nicht neue Spannungsverhältnis sich zuletzt in einen so fundamentalen Konflikt verwandeln konnte. Hier setzt die Demokratisierungsthese an: Sie behauptet, dass die Krise der Repräsentation eine andere, instabilere Form von Demokratie freisetzt. Das ist eine Frage, die sich für die Demokratie seit 1789 immer wieder gestellt hat und die immer nur temporär beantwortet werden konnte: ob und wie die demokratische Revolution die von ihr ausgelöste politische Dynamik wieder einzufangen vermag. Repräsentation war eine solche Einhegung, sie selbst ist aber eine „labile Formel“, die mal eher „oligarchisch“, mal eher „populär“ ausformuliert werden kann (Gauchet 1991, 24). Das Verhältnis von Volkssouveränität und Liberalismus ist daher abhängig von unterschiedlichen Beschleunigungsformen und Hitze-graden des Politischen aufgrund des unterschiedlichen Ausmaßes seiner institutionellen Zählung.

Repräsentation als Prinzip bedarf einer Repräsentation als Praxis – und die ist offenkundig in der Krise. Einerseits scheint ein vehementer demokrati-

11 Anders und spezifischer formuliert: Es gibt ein eigentlich schwer zu übersehendes „Entsprechungsverhältnis zwischen dem Niedergang demokratischer Praktiken im europäischen Raum [...] und dem sich allgemein vollziehenden Aufstieg einer extremen, sogenannten ‚populistischen‘ politischen Rechten“ (Balibar 2016, 14). Das gilt natürlich nicht nur für die populistische Rechte, sondern ebenso für die populistische Linke (Moulin-Doos 2017).

scher Impuls gegen die zunehmende Substitution von Politik durch Recht aufzubegehren, dagegen, dass eine Rhetorik der Rechte bestimmte gesellschaftliche Interessen von den Unwägbarkeiten der Demokratie zunehmend abzuschirmen sucht (Hirschl 2007). Diese zunehmende Substitution ist zugleich selber ein wichtiger Grund für die Entwertung kollektiver Organisationsformen des Politischen. Andererseits ist der Bedeutungsgewinn des Rechts wohl auch gerade als Versuch zur Eindämmung einer demokratischeren Demokratie zu verstehen. Ein Unterschied zu gängigen Deutungen der gegenwärtigen Lage würde darin liegen, dass der Liberalismus in dieser Lesart nicht nur als passives, selbst ganz bewegungsloses und weitgehend unschuldiges Opfer einer Bedrohung durch wundersam wiedererstarkte und dabei in ihrer Herkunft reichlich ominös bleibende ‚illiberale Kräfte‘ erscheinen würde. Es ist nicht nur so, dass ein neuer, roher demokratischer Impuls den Liberalismus bedroht (Jörke/Nachtwey 2017; Zielonka 2018; Krastev/Holmes 2019; Müller 2019), sondern dass zugleich ein expansiver Liberalismus die Demokratie substantiell beschränkt (Mounk 2018; Chamayou 2019; Slobodian 2019) und dass das eine Phänomen ohne das andere wohl nicht zu verstehen ist.

Das leitet über zur zweiten Diagnose, die einer Entdemokratisierung der Demokratie. Sie mündet in die These, dass der grundsätzliche Konflikt, der unsere Zeit zu charakterisieren scheint, auch als paradoxe Folge der alternativlosen Durchsetzung der Demokratie zu verstehen ist. Sie hat zum Wiedereintritt der Unterscheidung demokratisch/undemokratisch in die demokratische Auseinandersetzung selbst geführt. Was vorher das Außenverhältnis der Demokratie bestimmte – und sie dadurch stabilisierte –, nämlich die Abgrenzung zur Nicht-Demokratie, tritt in der Gegenwart in ihrem Binnenverhältnis auf und destabilisiert sie, weil nun die Vorstellung um sich greift, die Anti-Demokrat_innen seien nicht die anderen, sondern mitten unter uns. Vormalige Reibungswärme wird nun zu ‚innerer Hitze‘. Die Krise der Repräsentation, also der Funktions- und Legitimationsverlust bewährter Artikulations- und Repräsentationsinstanzen (der politischen Parteien, der Parlamente, der Presse) hat diesen Re-entry befördert, der den politischen Streit zunehmend von einem Streit *innerhalb* der Demokratie zu einem *über* die Demokratie hat werden lassen. Ein solcher Streit ist aber demokratisch kaum zu führen, nicht zuletzt deswegen, weil sich beide Seiten gleichermaßen auf die Demokratie, wenn auch auf ganz unterschiedliche Konzeptionen von ihr, berufen. Unter diesen Voraussetzungen setzt der Streit über die Demokratie zwangsläufig Dynamiken der ‚Feindschaft‘ zulasten von historischen Errungenschaften der ‚Gegnerschaft‘ frei. Diese Dynamiken unterminieren den Gleichheitsanspruch der Demokratie als zentrale Prämisse des friedlichen politischen Konflikts. Damit aber führen die wechselseitigen Beschuldigungen, führt der

gegenseitige argumentative Ausschluss zu einer wirklichen Krise der Demokratie. Das wirkt insbesondere deswegen so zerstörerisch, weil – und das ist der zweite Aspekt der Entdemokratisierungsdiagnose – der entscheidende Referenzrahmen, in Bezug auf den sich demokratische Gleichheit einfordern und begründen lässt, in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung verloren hat: der Staat und die Infrastruktur seiner Institutionen.

Das läuft also auf widersprüchliche Befunde hinaus: Nicht-Krise und Krise der Demokratie, Demokratisierung und zugleich Ent-Demokratisierung der Demokratie – eine Widersprüchlichkeit, die nicht nur auf unterschiedliche Verwendungsweisen des Demokratiebegriffs zurückzuführen ist, sondern vor allem auch auf die unterschiedlichen politischen Agenden, die hinter den Selbstverständlichkeiten der Begriffsverwendung stecken. Handelt es sich bei der Demokratie um ein grundlegendes Legitimationsprinzip (,Volksouveränität‘) oder um ein bestimmtes institutionelles Ensemble (,verantwortliche Regierung‘) (Tuck 2015)? Geht es um einen umfassenden Wertekatalog oder nur um eine simple Entscheidungsregel (Dunn 2006)? Unsere paradoxe Situation sieht die Demokratie gegen die Demokratie antreten, die direkte gegen die repräsentative Demokratie, die ,illiberale‘ gegen die liberale Demokratie, vielleicht auch: ,the people vs. democracy‘. So plausibel und einleuchtend es ist, den Konflikt mit diesen Begriffen zu beschreiben, so wenig sind wir doch in der Lage, seine Ursachen zu verstehen, solange wir uns nicht den Gründen zuwenden, warum und in welcher Hinsicht eigentlich die hergebrachten demokratischen Repräsentationsverfahren in die Krise geraten sind.

Denn in der Demokratie ist der Erfolg des einen Lagers das Versagen des anderen. Das Erstarken der Ränder ist das Versagen der Mitte, der Erfolg der Anti-Demokrat_innen das Versagen der Demokrat_innen. Wie man es auch dreht und wendet, der Punkt bleibt derselbe – pointiert formuliert: Die Populist_innen sind nicht das Problem der repräsentativen Demokratie. Sie zeigen nur an, dass sie eines hat. ,Don’t shoot the messenger‘, formulierte einst eine politische Weisheitslehre. Momentan scheinen sich jedoch alle auf die Überbringer_innen der schlechten Nachricht einzuschießen. So richtig und wichtig das politisch auch sein mag, so sollte doch die Nachricht selber darüber nicht vergessen werden. Sie lautet: Die Demokratie, wie wir sie bislang kannten, funktioniert nicht mehr richtig – „andernfalls gäbe es keine populistische Gegenbewegung“ (Runciman 2020, 72). Man wird die (repräsentative) Demokratie gegen ihre Herausforder_innen schlecht verteidigen können, wenn man ihre gegenwärtigen Schwächen nicht thematisiert, weil man sich darin eingerichtet hat, Ursache und Folge zu verwechseln.

Literatur

- Anderson, Perry (1998): *The Origins of Postmodernity*. London-New York.
- Autor, David/Dorn, David/Hanson, Gordon/Majlesi, Kaveh (2016): A Note on the Effect of Rising Trade Exposure on the 2016 Presidential Election (Manuscript), <https://economics.mit.edu/files/12418> [Zugriff: 08.09.2020].
- Balibar, Étienne (2016): *Europa: Krise und Ende?* Münster.
- Becker, Sascha O./Fetzer, Thiemo (2017): Does Migration Cause Extreme Voting? (Manuscript), https://warwick.ac.uk/fac/soc/economics/research/centres/cage/manage/publications/306-2016_becker_fetzer.pdf [Zugriff: 08.09.2020].
- Becker, Sascha. Ö./Fetzer, Thiemo/Novy, Dennis/Alabrese, Eleonora (2017): Who Voted for Brexit? A Comprehensive District-Level Analysis. CESifo Working Paper (No. 6438), <http://wrap.warwick.ac.uk/107728/1/WRAP-who-voted-Brexit-individual-regional-data-combined-Alabrese-2018.pdf> [Zugriff: 08.09.2020].
- Chamayou, Grégoire (2019): *Die unregierbare Gesellschaft: Eine Genealogie des autoritären Liberalismus*. Berlin.
- Colantone, Italo/Stanig, Piero (2018): Global Competition and Brexit, in: *American Political Science Review*, 112, 2, 201–218.
- Crouch, Colin (2018): *The Globalization Backlash*. Oxford.
- Diamond, Larry (2015): Facing Up to the Democratic Recession, in: *Journal of Democracy*, 26, 1, 141–155.
- Dijkstra, Lewis/Poelman, Hugo/Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The Geography of EU-Discontent (Regional and Urban Policy Working Paper WP 12/2018), https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/work/2018_02_geog_discontent.pdf [Zugriff: 08.09.2020].
- Dunn, John (1992): Conclusion. Democracy, in: Dunn, John (Hrsg.): *The unfinished Journey 508 BC to AD 1993*, Oxford, 239–266.
- Dunn, John (2006): *Setting the People Free: The Story of Democracy*. New York.
- Elster, Jon (Hrsg.) (2015): *Secrecy and Publicity in Votes and Debates*. New York.
- FreedomHouse (2019): *Freedom in the World 2019: Democracy in Retreat*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/democracy-retreat> [Zugriff: 08.09.2020].
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History, in: *The National Interest*, 16, 3–18.
- Fukuyama, Francis (1996): *The End of History and the last Man*. New York-London-Toronto-Sidney.
- Funke, Manuel/Schularick, Moritz/Trebesch, Christoph (2015): *Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870-2014*. Center for Economic Studies & IFO working paper (5553), https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2688897 [Zugriff: 08.09.2020].
- Gauchet, Marcel (1991): *Die Erklärung der Menschenrechte. Die Debatte um die bürgerlichen Freiheiten 1789*. Hamburg.
- Guéhenno, Jean-Marie (1998): *Das Ende der Demokratie*. München.